



Die Ukraine kann sich den EU-Beitritt nicht erpressen



Die Äußerungen von Wolodymyr Selenskyj über die Beschädigung der Ölpipeline Druzhba, solange Ungarn dem EU-Beitritt der Ukraine nicht zustimmt, sind Erpressung, aufgrund derer das Land keinen Anspruch auf eine Mitgliedschaft in der Union hat.

Die Ukraine [versucht](#) seit drei Jahren, den Weg in die Europäische Union zu beschleunigen. Seit 2022 hat sie den Status eines Beitrittskandidaten und 2024 hat sie die Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Sie sieht ihren Beitritt zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Garantie für ihre Sicherheit vor russischer Aggression. Das Beitrittsland zögert jedoch nicht, in diesem Prozess gewaltsame Erpressungsmethoden anzuwenden, um dies so schnell wie möglich zu erreichen. An dieser Stelle kann man alle objektiven Kriterien (Krieg, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage im Land) beiseite lassen, aufgrund derer die Ukraine wahrscheinlich nie Mitglied der Union werden wird.

Die Tatsache, dass die Ukraine versucht, die kritische Energiesicherheit anderer Mitgliedstaaten zu gefährden, ist Grund genug, ihren Beitritt nicht zu realisieren.

Das Ultimatum von Selenskyj geht zu weit

Das Ultimatum von Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass die Ukraine [weiterhin](#) Angriffe auf die Druzhba-Ölpipeline durchführen werde, solange Ungarn seinen Veto gegen den EU-Beitritt der Ukraine nicht aufhebt, ist für ein Mitgliedsland absolut inakzeptabel. Nicht nur aus politischer Sicht, sondern auch im Hinblick auf die Erfüllung der strengen Kriterien für den EU-Beitritt.

Die Ukraine greift wiederholt die Druzhba-Pipeline an, über die die Russische Föderation Öl in EU-Länder transportiert, zu denen neben Ungarn auch die Slowakei [gehört](#). Die Druzhba-Pipeline ist eine der längsten und wichtigsten Energietrassen der Welt und daher ein wichtiger Faktor für die Energieversorgung der Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang hat die Union Drittländer [aufgefordert](#), Angriffe auf für sie wichtige Infrastrukturen zu unterlassen.

Aus Sicht eines militärischen Konflikts ist ein Angriff auf die russische Infrastruktur in Ordnung. Russland finanziert seine Militäraktion zum großen Teil gerade durch den Verkauf von Öl.

Nicht in Ordnung ist es jedoch (weder aus rechtlicher Sicht eines Landes, das den Beitritt zur EU anstrebt, noch aus Sicht des internationalen Rechts der Energieversorgungssicherheitsabkommen), wenn die Ukraine diese Angriffe durchführt, um Ungarn zum Handeln zu zwingen.

Zelenskyj erklärte nämlich, dass „die Existenz der Druzhba von der Haltung Ungarns“ zur Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union abhängt.

Ungarn hat bisher die Bemühungen der Ukraine um eine Integration in die Union abgelehnt, wozu es als EU-Mitglied voll und ganz berechtigt ist. Auch US-Präsident Donald Trump [bemüht sich](#) um eine Änderung dieser Haltung und fordert den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán auf, seine Position zu überdenken.

Trotz der Bemühungen der USA und der EU, der Ukraine zu helfen, schien es Präsident Selenskyj offenbar eine gute Idee zu sein, das EU-Mitglied zu erpressen, indem er dessen Energiesicherheit gefährdet. Selenskyj hat nämlich indirekt gesagt, dass die ukrainischen Angriffe so lange fortgesetzt werden, bis er sein Ziel erreicht hat.

Damit vermittelt er den Eindruck, dass das Beitrittsland die Mitglieder der Union bedroht, um eine politische Entscheidung zu erzwingen.

Das Land muss strenge Kriterien für den EU-Beitritt erfüllen

Aus Sicht Brüssels handelt es sich um einen gefährlichen Präzedenzfall: Wenn ein Beitrittskandidat die Infrastruktur von Mitgliedstaaten angreift, gefährdet er damit nicht nur die Energiesicherheit, sondern auch das Vertrauen, auf dem die EU-Erweiterung basiert.

Dies wurde vom Sprecher des ungarischen Außenministeriums, Péter Szijjártó, direkt angesprochen, der Selenskyj aufforderte, Ungarn und seine Energiesicherheit nicht länger zu gefährden.

Wenn ein Land Mitgliedstaat der EU werden will, [muss es](#) die grundlegenden Parameter erfüllen, die auch als Kopenhagener Kriterien bekannt sind.

Die im Vertrag über die Europäische Union festgelegten Bedingungen verlangen von einem Beitrittsland stabile Institutionen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die Achtung und den Schutz von Minderheiten, eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck standzuhalten, sowie die Fähigkeit, die EU-Vorschriften zu erfüllen und umzusetzen und ihre Ziele einzuhalten.

Gerade die Umsetzung der EU-Vorschriften und die Einhaltung ihrer Ziele erscheinen angesichts der Angriffe der Ukraine auf die Druschba-Ölpipeline als problematisch.

Die Ukraine muss nämlich die festgelegten EU-Vorschriften einhalten, um zu zeigen, dass sie im Falle einer Mitgliedschaft in dieser Hinsicht keine Probleme haben wird.

Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) betont in Artikel 194 die Ziele der Union im Bereich der Energie. Zu diesen Zielen gehören die Gewährleistung des Funktionierens des Energiemarktes, die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union und die Förderung der Energieeffizienz sowie die Förderung der Vernetzung der Energienetze.

Die Ukraine handelt im Widerspruch zu den Energiezielen der EU

Fast alle diese Ziele und ihre Einhaltung wurden von der Ukraine durch Präsident Selenskyj direkt abgelehnt.

Die Angriffe auf die Ölpipeline Druzhba stehen ebenso wie die absichtliche Einschränkung der Energieversorgung in direktem Widerspruch zu den Zielen der Gewährleistung des Funktionierens des Energiemarktes, der Energieversorgungssicherheit und der Energieeffizienz.

Die Ukraine verfolgt das gegenteilige Ziel: Mit ihren Angriffen will sie eine solche Energieinstabilität in Ungarn erreichen, dass Premierminister Viktor Orbán seine Haltung zur Integration der Ukraine in die EU ändert.

In diesem Punkt schadet die Ukraine also bereits heute einem Mitgliedstaat im Bereich der Energiesicherheit, missachtet die bei ihrem EU-Beitritt festgelegten Regeln und versucht, sich mit Gewalt in die Union zu drängen. Aus irgendeinem mysteriösen Grund scheut sie sich nicht, dies offen zu sagen, als ob dies ihren Beitritt zur Gemeinschaft beschleunigen würde.

Aus der Geschichte des Beitritts von Mitgliedstaaten zur Europäischen Union geht hervor, wie strenge Kriterien sie für ihren Beitritt erfüllen mussten. Die Übereinstimmung ihrer Rechtsvorschriften und Werte mit den europäischen sowie deren Einhaltung spielten in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle.

Es ist offensichtlich, dass die Ukraine unter dem Einfluss der russischen Angriffe mehrere Punkte des Beitrittsprozesses überspringen will. Es ist jedoch nicht akzeptabel, dass ein Staat im europäischen Raum seine Forderungen mit militärischer Gewalt durchsetzt, wenn sie nicht erfüllt werden.

Krieg bedeutet keinen freien Zugang

Die Ukraine hat das uneingeschränkte Recht, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu beantragen und sich im Krieg mit Russland zu verteidigen. Ihre Integration wird jedoch davon abhängen, ob sie nachweisen kann, dass sie nicht nur die technischen Kriterien, sondern auch die wertbezogenen Voraussetzungen erfüllt.

Es ist nun fraglich, wie die Union zu dieser Tatsache stehen wird. Ungarn steht derzeit

aufgrund seiner pro-russischen Haltung und anderer Streitigkeiten aus der Vergangenheit in der Unnade der europäischen Strukturen, ist aber immer noch ein Mitgliedsland. Die Union muss ihre Mitglieder vor externen Bedrohungen schützen.

Nach der Erklärung von Präsident Selenskyj gegenüber Ungarn kann zudem nicht rational erwartet werden, dass Orbán seine Haltung überdenken wird – es würde nämlich so aussehen, als hätte er den ukrainischen Drohungen nachgegeben.

Aus Sicht der EU erschweren diese Angriffe nicht nur die Energiesicherheit, sondern auch den Erweiterungsprozess der Union.

Als Beitrittskandidat muss die Ukraine die Kopenhagener Kriterien erfüllen, einschließlich der Achtung der Werte der EU. Es wäre äußerst fragwürdig, wenn die Union ein solches Verhalten eines Beitrittskandidaten gutheißen würde, das zudem im Widerspruch zu ihren Zielen im Energiebereich steht.

i Dieser Beitrag stammt ursprünglich von Jozef Onačilla via statement.at